Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Amtsblatt

für

Das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.

Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Anzeiger

für

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Reichenbach, Callenberg, Langenchursdorf, Grumbach, Tirschheim, Kuhschnappel, Wüstenbrand, Grüna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Lugau, Erlbach, Pleißa, Rußdorf, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

Erscheint jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger das Vierteljahr Mk. 1.55, durch die Post bezogen Mk. 1.92 frei ins Haus.

Fernsprecher Nr. 11.

Inserate nehmen außer der Geschäftsstelle auch die Austräger auf dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Nr. 63. Geschäftsstelle Schulstraße Nr. 31. **Freitag, den 17. März 1911** Brief- und Telegramm-Adresse Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal. **61. Jahrg.**

Die für Freitag, den 17. März 1911 angesetzte Versteigerung fällt aus.
Der Gerichtsvollzieher des Kgl. Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal, am 16. März 1911.

Auf Blatt 114 des hiesigen Handelsregisters für die Dörfer ist heute eingetragen worden, daß die Firma **Richard Wörner** in **Oberlungwitz** erloschen ist.
Hohenstein-Ernstthal, den 14. März 1911. **Königliches Amtsgericht.**

Deutscher Reichstag.

147. Sitzung am 14. März.

Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Hansen (Däne) führt Beschwerde über die mißbräuchliche Handhabung des Vereinsgesetzes und über eine Verfügung des preußischen Kultusministers, wonach Dänen die Erteilung von Turnunterricht versagt wird.

Abg. Hauser (Zentr.) verlangt Berücksichtigung der Mittelstandswünsche durch Gesetze und fordert ferner die Unterdrückung des heimlichen Warenhandels und schärfere Maßnahmen gegen Wanderlager und Wanderauktionen.

Abg. Graf Kanitz (Kons.): Die wirtschaftlichen Ausführungen des Dr. Stresemann standen im wohltuenden Kontrast zu denen des Dr. Wiemer. Hier scheint eine schwer zu überbrückende Kluft zu bestehen. Gleichwohl hoffe ich, daß auch die Freisinnigen sich allmählich dem Standpunkte des Abg. Dr. Stresemann nähern werden und daß auf diese Weise die Möglichkeit geschaffen wird, daß die bürgerlichen Parteien bei den künftigen Reichstagswahlen zusammenhalten. (Hört! Hört! Heiterkeit.) Eine Vorbedingung wäre aber das Prinzip des unbedingten Schutzes der nationalen Arbeit. Der nationalliberalen Petroleum-Resolution stehen wir nicht ablehnend gegenüber. Ich hege aber Zweifel, ob eine auf ein Monopol gerichtete Resolution hier öffentlich diskutiert werden kann. Man deckt doch seine Karte nicht vorzeitig auf. Redner beschäftigt sich dann mit dem Zusammenbruch von Bankfirmen und den schweren Folgen, die dadurch für das sparende Publikum gezeitigt werden. Er empfiehlt dem Staatssekretär den seinerzeit von der Börsenenquete-Kommission angeregten Gedanken näherzutreten, daß eine Kontrollkommission für Banken eingeführt werde.

Abg. Hoch (Soz.): Nicht darüber beschweren sich seine Freunde, daß zu wenig sozialpolitische Gesetze eingebracht, sondern daß die berechtigten Beschwerden der Arbeiter dabei nicht berücksichtigt würden. Für den Bau von kleinen Wohnungen sei der Zuschuß geringer geworden. Die Privatangestellten lasse man warten. In Sachen der Sonntagsruhe bleibe es beim Erwägen und von der Konkurrenzklausel höre man gar nichts mehr. Redner spricht weiter gegen die Maßregelung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen und erklärt: Die Sozialdemokratie muß der Jugend die Ideale wiedergeben, die man ihr geraubt hat. (Heiterkeit.) Der Terrorismus der Bürgerlichen gegen die Arbeiter übersteige alle Grenzen. Was die Arbeiterversicherung bringe, schütze nicht vor dem Verhungern.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Herr Fischer hat neulich erklärt, weil bei dem Zentralverbande Deutscher Industrieller der Generaldirektor Bueck zwischen dem preußischen Handelsminister und mir gesessen habe, sei erwiesen, daß die Regierung in absoluter Abhängigkeit vom Zentralverbande sich befinde. Diese Art der Beweisführung ist nicht geeignet, die angeblich feststehende Tatsache in den Augen anderer Leute glaubhaft zu machen. Wir haben an der kulturellen und wirtschaftlichen Hebung unseres Arbeiterstandes lebhaftes Interesse, welcher Partei wir auch immer angehören. Nicht die Sozialdemokratie hat unsere sozialen Gesetze mit beschlossen, sondern die Regierung und die übrigen Parteien. (Lebhafte Zustimmung.) Alle Parteien sind einig, daß sie für die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Hebung des ganzen Volkes und in erster Linie der Arbeiter sorgen müssen. Ein gebildeter Arbeiter ist das Beste, was das Volk für seine Weiterentwicklung wünschen kann. Wo ist denn die Kultur hergekommen, wenn nicht von dem uneigennützigen deutschen Staate (Beifall), auf dessen Fürsorge das große Maß der Bildung, dessen sich das ganze deutsche Volk zu erfreuen hat, durchzuführen ist? Das ist ein Zeichen für die Unbefangenheit, mit der das Deutsche Reich und das viel angefeindete Preußen die Kulturaufgaben des Staates zu lösen bemüht sind. (Beifall.) Die außerordentlichen kulturellen Fortschritte der breiten Masse des Volkes sind nicht das Werk der Sozialdemokraten, sondern der Bundesstaaten des Reiches. (Lebhafter Beifall.) Es ist außerordentlich viel geschehen. Wir haben ein liberales Vereinsgesetz, über dessen Durchführung man im ganzen nicht klagen kann. Nun hat man uns Abhängigkeit vom Großkapital und von der Großindustrie vorgeworfen, weil wir den Dingen zunächst freien Raum ließen. Wir sind aber der Meinung, daß im Rahmen unserer jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse es ein schweres Unglück in unserer Entwicklung wäre, wenn wir in alle Dinge hineingreifen wollten. Ich erkenne das, was unsere Industrie geleistet hat, durchaus an, wenn auch einmal eine Rede bei einem Diner den Charakter einer Disziplinaruntersuchung gegen mich annimmt. Ich werde die Industrie weiter fördern, wie alle Zweige des kulturellen Lebens, die meiner Fürsorge unterstellt sind. (Beifall.) Die letzten Bankzusammenbrüche haben auch wir mit aller Aufmerksamkeit verfolgt. Erfreulich ist, daß man von dem Gedanken abgekommen ist, eine Trennung der Kredit- und Depositenbanken zu verlangen. Die Vorkommnisse bei den Banken dürfen nicht auf Mängel in unserer Gesetzgebung zurückgeführt werden. Es handelt sich in den neuesten Fällen um eine Kette von unredlichen Handlungen der Leiter, gegen die man sich nicht wehren kann. Wir haben erwogen, ob wir nicht die Bestellung von Revisoren für die Aktienbanken anordnen sollen; wir sind aber davon abgekommen. Auch durch einen Bankbeirat oder Bankausschuß würden die Mängel nicht beseitigt werden. Das Publikum würde noch gleichgültiger werden, und der Bankausschuß würde eine Verantwortung auf sich nehmen, die er nicht zu tragen vermag.

Abg. Wieland (Vp.) wendet sich gegen die Mittelstandsforderungen der Rechten und des Zentrums. Bei nötiger Bewegungsfreiheit würde das Handwerk seinen Weg weiterfinden.

Dem Abgeordneten Freiherrn v. Gamp (Rp.) wird vom Abg. Dr. Müller-Meiningen beim Betreten der Tribüne zugerufen: Sie sind ja heute einmal da! Gamp erwidert: Herr Müller, lassen Sie doch Ihre haltlosen Redensarten. (Unruhe links.) Wir arbeiten in den Kommissionen und der Bibliothek manchmal mehr, als Sie hier im Plenum. Außerdem, von den Reichstagsreden allein kann man wirklich nicht leben. (Heitere Zustimmung.) Von Ausnahmegesetzen ist mir nichts bekannt. Sollte das Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen damit gemeint sein, so ist das kein Ausnahmegesetz; es dient dem allgemeinen Besten. Dem Terrorismus der Sozialdemokraten muß endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Redner befürwortet einen Bankbeirat, dem man gewisse Befugnisse zuweisen solle, z. B. Beurteilung der Kreditverhältnisse im Lande und Erteilung von Ratschlägen über Zulassung ausländischer Wertpapiere, und bespricht weiter die Leistungen der deutschen Industrie, deren freiwillige Leistungen vielfach über das gesetzliche Maß weit hinausgingen. Er freue sich, daß die Haltung des Staatssekretärs dem Mittelstande gegenüber jetzt freundlicher sei, als es früher der Fall war.

Abg. Dr. Junck (Natl.) stimmt mit seinen Freunden der Resolution des Zentrums über die Tarifverträge zu. Es müsse darauf gesehen werden, daß die Kartelle der Regierung nicht über den Kopf wachsen, wie die Trusts in Amerika. Das Vereinsgesetz sei ein liberales Gesetz trotz des Sprachenparagraphen; aber seine Anwendung lasse noch viel zu wünschen übrig, namentlich in Preußen. Es dürfe nicht in solcher einseitigen Weise durch einen Bundesstaat eingeschränkt werden. Die Rechte tue so, als ob sie die Mittelstandsfreundlichkeit geradezu gepachtet hätte. Redner geht dann nochmals auf die Frage der Tarifverträge ein und befürwortet eine Zentralstelle. Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine müsse selbstverständlich mit der zivilrechtlichen Haftbarkeit verbunden sein.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Eine Zentralstelle, soweit sie notwendig und nützlich, besteht eigentlich schon. Es erscheint mir zurzeit nicht zweckmäßig, über das hinauszugehen, was jetzt schon im Interesse der Fortentwicklung unseres Tarifvertragswesens von seiten meines Amtes geschehen ist. Das gesamte Material wird in meinem Amte schon jetzt gesammelt. Diese Publikationen tragen wesentlich dazu bei, die Bedeutung des Tarifvertrages weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Ich kann mir nichts davon versprechen, daß man eine besondere Stelle aus der allgemeinen Behörde herausnimmt. Sobald es notwendig ist, werden wir ein Gesetz über die Berufsvereine vorlegen können, ohne dafür eine besondere Stelle zu schaffen. Soweit eine Unterstützung beim Abschluß von Tarifverträgen durch das Reich notwendig war, habe ich noch nie versagt. Alles Notwendige ist geschehen. Ein Mehr wäre vom Uebel. Kommt es schon beim Abschluß von Tarifverträgen wesentlich darauf an, daß beide Teile Vertrauen zum Unparteiischen haben, so noch in viel höherem Maße bei der Auslegung und Anwendung bestrittener Verträge. Es kann daher eine solche Stelle nur ad hoc geschaffen werden, so lange man sie nicht mit Verhandlungszwang und Vollstreckbarkeit des Schiedsspruchs schaffen kann. Das halte ich aber für unmöglich.

Abg. v. Strombeck (Zentr.) tritt entgegen den Resolutionen seiner Partei für die Hausierer ein. Es handle sich um ehrliche Leute, die man jetzt auf einmal aushungern lassen wolle.

Abg. Kölle (Wirtsch. Vgg.) wendet sich u. a. gegen die Auswüchse des Automobilwesens, fordert eine Denkschrift über das Asylwesen und schärfere Maßnahmen gegen Margarine-Vergiftungen.

---

148. Sitzung am 15. März.

In der fortgesetzten Etats-Beratung begründet Abg. Graf Carmer (Kons.) eine Resolution betreffend die Einschränkung des Betriebes von Wanderlagern und tritt für eine hohe Besteuerung der Warenhäuser ein. Er führt weiter Beschwerde darüber, daß von Beamtenvereinen dem Mittelstand Konkurrenz gemacht werde, verlangt scharfes Vorgehen gegen die Schundliteratur und strenge Anwendung des Automobilgesetzes, das günstig gewirkt habe.

Staatssekretär Dr. Delbrück wiederholt, daß die Regierung die Beseitigung von Mißständen im Hausier- und Wandergewerbe im Auge habe. Die Warenhäuser könnten von Reichs wegen nicht besteuert werden. Gegen den von Beamten betriebenen Detailhandel seien bereits Anweisungen erlassen worden. Ein gesetzliches Einschreiten gegen die Schmutz- und Schundliteratur sei schwierig, da der Begriff nicht feststehe. Vielleicht könnte man durch Verschärfung der Bestimmungen der Kolportage dagegen vorgehen. Die Automobilwettfahrten auf öffentlichen Straßen seien durch eine Bundesratsverordnung verboten. Auf Zuverlässigkeitsfahrten werde man einstweilen nicht verzichten können.

Abg. Giesberts (Zentr.) bedauert die Haltung der Regierung zum Arbeitskammergesetz. Es könnte ganz gut noch in dieser Session verabschiedet werden, ebenso wie die Reichsversicherungsordnung und das Hausarbeitsgesetz. Der Redner wendet sich gegen die abfällige Kritik der Sozialdemokraten an der sozialpolitischen Tätigkeit des Reichstages. Die Gefahr der Arbeitsmonopolisierung, die jetzt von der Sozialdemokratie systematisch vorbereitet werde, sei viel schlimmer als die ärgste Scharfmacherei. Der sozialdemokratische Grundsatz laute: Ohne Rot — kein Brot! (Lebhafte Zustimmung.) Wir werden, schließt Redner, die Freiheit der Arbeiter gegen jeden Terrorismus aufrecht erhalten. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Sachse (Soz.) kritisiert abfällig die Leistungen der sieben christlichen Arbeitersekretäre im Reichstage und die Sozialpolitik des Zentrums, lehnt schließlich alle Maßnahmen gegen die Warenhäuser und das Hausiergewerbe ab und fordert ein Reichsberggesetz.

Abg. Schwabach (Natl.) führt Beschwerde, daß in den östlichen Provinzen der vom Reichskanzler zugesicherte Mitgebrauch der masurischen, wendischen und littauischen Sprache in Versammlungen durch die preußischen Landesbehörden gehindert werde.

Abg. Gothein (Vp.): Die Nationalliberalen schienen sich jetzt an den Zolltarif, den sie früher für scheußlich hielten, unter einem gewissen Druck gewöhnt zu haben. Graf Kanitz wolle auch die Volkspartei in seine große Zollphalanx aufnehmen. Das sei eine trügerische Illusion. (Graf Kanitz: Schade! Heiterkeit.) Die Rechte fürchte die Wahlen, es werde brenzlich für sie. (Lachen rechts.) Auch den Nationalliberalen gegenüber bestehe für seine Freunde ein Trennungsstrich. Er erkenne aber an, daß die Nationalliberalen in letzter Zeit der Volkspartei erheblich näher gerückt seien (Hört, hört! rechts.) Sie seien in der Finanzreform festgeblieben und zeigten jetzt in sozialen und politischen Fragen eine Haltung, der Anerkennung nicht versagt werden könne. (Sehr gut! links; Hört, hört! rechts.) Die gestrige Rede Juncks sei von liberalem und sozialem Geiste erfüllt gewesen. Da könne man ein gut Stück miteinander marschieren und nach der Zertrümmerung des schwarz-blauen Blocks (Lachen rechts und im Zentrum) auch den Exzessen des preußischen Polizeigeistes zu Leibe gehen. (Beifall links.) Der Redner spricht gegen den Zentralverband Deutscher Industrieller, dessen Geschäftsführer Bueck jede Anstandspflicht verletze, wenn er gegen den als Gast anwesenden Staatssekretär in einer Dinerrede gewissermaßen eine „Disziplinaruntersuchung" einleite. Herr Delbrück sollte bei der Annahme von Einladungen zu Diners vorsichtiger sein. Aber frilich, die Herren von der Regierung seien ja abhängig von Junkern, Schlotbaronen und Pfaffen. Das Unternehmertum stecke voll Terrorismus. Der Redner spricht schließlich für den Abschluß von Tarifverträgen und fordert ein Reichsberggesetz.

Abg. Wadda (Pole) beklagt den Niedergang der Löhne im oberschlesischen Industriebezirk und führt Beschwerde über die schlechte Behandlung der Arbeiter.

Dann wird ein Schlußantrag gegen die Linke angenommen. Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt. Angenommen werden ferner die Resolutionen der Konservativen über die Zuerteilung von Lieferungen an das organisierte Handwerk, ferner über die Wanderlager, des Zentrums über Wanderlager und Auktionen und über die Unterdrückung des heimlichen Warenhandels, der Polen und Sozialdemokraten auf Erlaß eines Reichsberggesetzes, der Nationalliberalen über das Petroleummonopol, über die Gleichstellung der technischen Beamten mit den Handlungsgehilfen in bezug auf die sozialen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches, sowie Ausdehnung dieser Bestimmung auch auf die Gehilfen der Rechtsanwälte usw., die Unfallfürsorge bei freiwilligen Rettungsarbeiten, ferner die von Mitgliedern aller Parteien unterzeichnete Resolution auf Einsetzung einer Sachverständigen-Kommission zur Schaffung einer deutschen Einheitsstenographie. Die Zentrumsresolution auf Einschränkung des Detailreisens und Hausierens wird abgelehnt. Die Resolution der Volkspartei auf Lieferung einheitlicher Wahlurnen, sowie Zusammenlegung kleiner Wahlbezirke wird gegen die Rechte angenommen. Die Sozialdemokraten und Freisinnigen rufen dabei der Rechten zu: Wahlrechtsräuber!

Schluß 7¾ Uhr. — Weiterberatung Donnerstag 1 Uhr.

Aus dem Reiche.

Das deutsche Kronprinzenpaar in Wien.

Bald nach dem Besuch Kaiser Wilhelms in der österreichischen Hauptstadt wird auch das Kronprinzenpaar zu einem Besuch Kaiser Franz Josefs dort eintreffen, und zwar, wie das Wiener Oberst-Hofmeisteramt bekannt gibt, am Palmsonntag (9. April). Es sind bereits Anordnungen für einen besonders glänzenden Empfang ergangen, und es soll der besondere Wunsch des Kaisers sein, daß ein ganz ungewöhnlich reicher und schöner Blumenflor die Kronprinzessin, die zum ersten Male nach Wien kommt, erfreue. Es wird mitgeteilt, daß der Kaiser große Freude über den angekündigten Besuch äußerte.

Gießen-Nidda.

Der nationalliberale Wahlkreisausschuß hat gestern beschlossen, die antisemitische Kandidatur Werner gegen den Sozialdemokraten zu unterstützen.

Türkische Schiffskäufe in Deutschland.

Zu der Meldung von dem Ankauf zweier weiterer deutscher Dampfer durch die türkische Regierung wird noch berichtet: Durch Schiffskäufe in Deutschland hat die türkische Regierung in aller Stille sich bereits eine ganze Flottille von Dampfern gesichert. Die Mittel hierzu stammen aus einem Geheimfonds, den sich der Kriegsminister Scheftet Pascha vom Parlament im Interesse der Nation zur Verfügung stellen ließ. Zunächst dienen die Schiffe als Transportdampfer militärischen Zwecken. Die Absicht der Regierung geht jedoch weiter. Später sollen sie einer Gesellschaft übergeben werden, die einen eigenen nationalen Schiffsdienst einzurichten hat. In großen Umrissen ist diese Gesellschaft für Reichszwecke konstituiert.

Elsaß-Lothringen.

In der Reichstagskommission für die elsaß-lothringische Verfassung lagen Anträge vor, die übereinstimmend die von den verbündeten Regierungen zugestandenen drei Bundesratsstimmen